

Uwe Altrock

Der Alltag der Städtebauausbildung in Deutschland – kommt die Stadt zuletzt?

Erschienen in: RaumPlanung 175/5-2014, S. 72-73

Mit der „Kölner Erklärung zur Städtebau-Ausbildung“ haben namhafte Fachleute befunden, dass im deutschen Städtebau „die Stadt ... zuletzt“ komme. Die in dieser Ausgabe der RaumPlanung abgedruckte Erklärung wählt starke Worte für eine Bilanz der aktuellen Stadtproduktion. Es ist den Verfassern anzurechnen, dass sie sich für eine stärker integrierende, die Schaffung stadträumlicher Qualitäten und lebendiger Quartiere in den Mittelpunkt stellende Städtebaupraxis einsetzen. Sie versprechen sich vor allem von einer Reform der Städtebau-Ausbildung mit Stärkung des städtebaulichen Entwerfens und Gestaltens in Architektur- und Stadtplanungsstudiengängen Abhilfe.

Die Behauptung, dass die Studiengänge „das städtebauliche Wissen ... nicht mehr in der nötigen integrierenden Weise“ lehren, ist allerdings unzutreffend – die Herausbildung der Stadtplanungsstudiengänge war gerade der Versuch, eine derartige Integration herbeizuführen. Dazu wurden dem zuvor gelehrt eingeschränkten Verständnis von Städtebau viele weitere Inhalte an die Seite gestellt. Ziel war nicht zuletzt, die Studierenden zusätzlich stadtsoziologisch, ökonomisch, nutzungsbezogen und prozessual zu qualifizieren. Sie sollten so auf eine Stadtentwicklungsrealität vorbereitet werden, in der das Gott-Vater-Modell von Planung und Gestaltung ausgedient hat, in der es gilt, in einem komplexen Feld der Stadtproduktion unter Einbeziehung unterschiedlichster gesellschaftlicher Ansprüche an die Stadt dennoch souverän zu agieren.

An zahlreichen Universitäten werden die in der Kölner Erklärung geforderten Inhalte selbstverständlich gelehrt (und noch einige mehr) - seien es nun Stadtbaugeschichte, Verkehr, gesellschaftliche oder baulich-funktionale Grundlagen. Dass die Verfasser dennoch mit den städtebaulichen Ergebnissen unzufrieden sind, kann zahlreiche Gründe haben, auf die es sich kurz einzugehen lohnt:

- *Dystopische Weltsicht:* Schon der Kern der Erklärung, „Deutschland war noch nie so wohlhabend, seine Stadträume aber noch nie so armselig. Die ... Bürger ... erhielten noch nie so wenig städtebauliche Qualität“ kann vor dem Hintergrund der ambivalenten städtebaulichen Ergebnisse *früherer* Zeiten so kaum aufrecht erhalten werden. Angesichts der erfolgreichen Erneuerungsmaßnahmen von Bestandsquartieren, Nachbesserungen von unwirtlichen Quartieren der Moderne oder interessanten Konversionsprojekten jüngerer Zeit gerade hieraus Reformbedarf für die Städtebauausbildung abzuleiten, verwundert doch etwas.
- *Frustration über den geringen gesellschaftlichen Einfluss von Städtebau:* Offenbar reichen gut gestaltete Stadträume heute nicht (mehr), um sich dem harten Kalkül der Developer, den eingeschränkten Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand und den divergierenden Vorstellungen von Nutzer/inne/n mit visionärer Überzeugungskraft stellen zu können. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, dass unterschiedlich qualifizierte Fachleute erst in ihrem Zusammenspiel guten Städtebau ermöglichen. Ob stattdessen vermeintliche Universalstädtebauer die ganze Verantwortung übernehmen sollten und wie viele derartige Genies es eigentlich überhaupt geben kann, muss sehr kritisch diskutiert werden.

- *Enttäuschung über die städtebaulichen Fertigkeiten von Absolvent/inn/en:*
Stadtplanung ist als interdisziplinäre Erfahrungswissenschaft derart komplex, dass viele Studienabgänger nicht über befriedigende städtebauliche Fertigkeiten verfügen. Das Gleiche ließe sich auch über ihre immobilienwirtschaftlichen, managementbezogenen oder strategischen Fertigkeiten sagen. Sicher lässt sich die Ausbildung da weiter verbessern. Die vergangenen 20 Jahre haben allerdings gezeigt, dass das Problem struktureller Natur ist: So haben Ökonomen immer wieder geklagt, es werde zu wenig Ökonomie, die Städtebauer, es werde zu wenig gestalterisches, die Soziologen, es werde zu wenig gesellschaftliches und methodisches Verständnis, die Verwaltungsleute, es werde zu wenig juristisches Fachwissen vermittelt. Und so weiter.

Ein Studium lässt sich nicht beliebig mit Inhalten vollstopfen – wir müssen damit leben, dass die derzeitige Realität interdisziplinärer Studiengänge bereits das Ergebnis genau der Forderungen ist, die die Kölner Erklärung aufmacht: dem Versuch, die vielen Inhalte, die städtebaulich-stadtplanerisch relevant sind, unter einen Hut (und in einen Kopf) zu bringen.

Was folgt hieraus? Reformdebatten sind immer gut – sie werden allerdings auch ständig in Hochschulen und anderen Ausbildungseinrichtungen geführt. Sie auf die Forderungen der Kölner Erklärung zu verengen und damit zu suggerieren, die dort angemahnten Inhalte würden beispielsweise in Stadtplanungsstudiengängen nicht gelehrt, geht aber am Ziel vorbei. Würden die Kölner Befunde zutreffen, müssten Städte vor allem Abgänger städtebaulich ausgerichteter Studiengänge einstellen und stärker stadtplanerisch ausgerichtete verkümmern. Absolventenbefragungen zeigen jedoch, dass die Vielfalt städtebaulich-stadtplanerischer Spezialisierungen in der deutschsprachigen Ausbildungslandschaft durchaus auf eine Nachfrage stößt. In diesem Sinne sollten Reformdebatten sehr viel offener geführt werden und sich zunächst einmal einer gründlichen Evaluierung existierender Ausbildungsprogramme zuwenden, bevor aus allgemeinen, beinahe schon kulturkritischen Unmutsbekundungen zum Stand der städtebaulichen Praxis vorschnelle Reformempfehlungen zur Ausbildung abgeleitet werden.